

**5 Vertrag lässt seit Jahren auf sich warten**  
Der LANV fordert faire Löhne für Angestellte in der häuslichen Pflege.

**7 45 000 Besucher bei «Vaduz on Ice»**  
Das Eislaufspektakel im Vaduzer Städtle ging am Sonntag zu Ende.

**11 Die Qualifikation steht an**  
**Vogt am Australian Open**  
Balznerin will ins Hauptfeld rücken



# Volksblatt

Mittwoch, 13. Dezember 2016  
139. Jahrgang Nr. 8

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

**Medienapéro 2016**  
**Wirtschaftskammer gibt Rück- und Ausblick**



Die Wirtschaftskammer informiert heute beim Medienapéro über ihre neuen Projekte und gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Lage in Liechtenstein.

volksblatt.li

**Prominenz** Der österreichische Baukönig Richard Lugner stellt heute den Namen seiner weiblichen Begleitung – traditionell eine Berühmtheit – für den Wiener Opernball im Februar vor.

**Fotogalerien** Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li).

**Wetter** Oftmals stark bewölkt mit zeitweise Schneefall. Seite 18



**Gesetzesinitiative**  
**Deutschland reagiert auf «Kölner Silvester»**

Nach den Übergriffen von Köln in der Silvesternacht will die deutsche Regierung kriminelle Ausländer schneller ausweisen. Seite 8



[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

## «Es kann uns noch gelingen, das Projekt Stadttunnel zu stoppen»

**Verzögerung** Nach der positiven Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom Juli soll der Bau des Feldkircher Stadttunnels 2016 beginnen. Doch Andrea Matt von «mobil ohne Stadttunnel» ist zuversichtlich, dass es erst gar nicht so weit kommen wird.

VON DANIELA FRITZ

Eigentlich schien es aussichtslos: Im Juli erteilte die Vorarlberger Landesregierung als zuständige UVP-Behörde dem Stadttunnel Feldkirch grünes Licht. Geplanter Baubeginn für das umstrittene Verkehrsprojekt ist das Jahr 2016, wie es auf der Homepage des Landes Vorarlberg heisst. Gegen diesen positiven Bescheid wurden insgesamt 16 Beschwerden eingelegt – Projektleiter Arno Schwärzler bekräftigte jedoch, dass die Planungen für den 260 Millionen Euro teuren Tunnel ganz normal weiterlaufen würden.

Dennoch gibt sich Andrea Matt von der Bürgerinitiative «mobil ohne Stadttunnel» weiterhin kämpferisch. Bekräftigt durch einige Urteile und Fortschritte in laufenden Prozessen im vergangenen halben Jahr ist sie auf «Volksblatt»-Anfrage überzeugt: «Es kann uns noch gelingen, das Projekt Stadttunnel zu stoppen.» Normalerweise seien die Chancen nach einer positiven UVP gering, gibt sie zu. Allerdings würden die Kritikpunkte der Projektgegner nach und nach von verschiedenen Gerichten bestätigt. «Wir sind auf dem richtigen Weg», freut sich Matt.

**Durch Urteile bestätigt**

Grund für den Optimismus liefern verschiedene, teils miteinander verzahnte Verfahren, aber auch nicht auf den Stadttunnel bezogene Urteile, die jedoch als Präzedenzfälle herangezogen werden könnten. Etwa das Urteil des EFTA-Gerichtshofs zur Erweiterung der Deponie «Im Rain» in Vaduz. Die Regierung genehmigte die Deponieerweiterung mit Auflagen, die in einem nachgelagerten Verfahren nur mehr amtsin-



Bekräftigt durch einige Urteile und Fortschritte in laufenden Prozessen im vergangenen halben Jahr ist Andrea Matt überzeugt, dass der Bau des Stadttunnels sich erheblich verzögern, wenn nicht sogar ganz abgeblasen wird. (Foto: Paul Trummer)

tern geprüft werden müssten. Dies sei gemäss dem EFTA-Gerichtshof ein unzulässiger Ausschluss der öffentlichen Kontrollrechte der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umwelt (LGU), welche die Beschwerde eingereicht hatte. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) könnte nun die UVP-Entscheidung an die Regierung zur Neubeurteilung zurückverweisen oder abändern.

«Das Urteil bestätigt unsere Rechtsansicht», erklärt Andrea Matt. Auch bei der UVP zum Stadttunnel seien die Begleitmassnahmen nicht ausgearbeitet, sondern aus dem UVP-Verfahren ausgelagert worden. So sei et-

wa nicht geregelt, wie ein Lkw-Stau im Tunnel vermieden werden soll.

**Herausgabe von Verkehrsdaten**

Zudem rechnet Matt langfristig mit einem weiteren Erfolg: Bis Februar sollte das Vorarlberger Landesverwaltungsgericht über die Herausgabe der zur Stadttunnel-UVP herangezogenen Verkehrsdaten entscheiden. Da die Vertreterinnen der beiden Bürgerinitiativen – auf Vorarlberger Seite kämpft «statt Tunnel» gegen das Projekt – der Meinung sind, dass diese von den Projektbetreibern beschönigt wurden, möchte Matt diese von einem unabhängigen

Verkehrsexperten prüfen lassen. Bisher verweigerten die Tunnelplaner eine Herausgabe der Daten, da diese «geistiges Eigentum» seien. «Hier muss eine Abwägung zwischen privatem und öffentlichem Interesse stattfinden», meint Matt.

Weitere Verfahren, etwa ob die Bürgerinitiativen Parteistellung erhalten, laufen derzeit noch. Matt erwartet hierzu eine weitere Entscheidung bis Ostern. Generell aber werde sich der Spatenstich zum Stadttunnel deutlich verzögern: Alleine bis zur Abarbeitung aller laufender Verfahren könnten noch einige Jahre vergehen. Seite 3

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:  
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

## Terror in der Türkei IS-Selbstmordattentäter reisst mindestens zehn Touristen in den Tod

**ISTANBUL** Nahe der berühmten Blauen Moschee in Istanbul ereignet sich eine schwere Explosion. Mindestens zehn Menschen verlieren ums Leben – fast alle kommen aus Deutschland. Ein Selbstmordattentäter hat sich vor der berühmten Blauen Moschee in Istanbul in die Luft gesprengt und acht Deutsche mit in den Tod gerissen. Dahinter steckte die Terrormiliz «Islamischer Staat», sagte der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu am Dienstag.

**10 Tote und 15 Verletzte**

Insgesamt gab es mindestens zehn Tote und 15 Verletzte. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan zeigten sich entsetzt. Merkel sagte, nach bisherigen Erkenntnissen der türkischen Behörden seien



Die Polizei riegelt den Tatort um die Blaue Moschee ab. (Foto: Keystone)

acht Deutsche getötet worden. Diese Zahl könne aber noch steigen. «Ich trauere um unsere Landsleute und ich denke voller Anteilnahme an die Angehörigen», sagte sie. «Heute hat es Istanbul getroffen, zuvor Paris, Kopenhagen, Tunis und so viele Orte mehr.» Das Auswärtige Amt sei im

Einsatz, um alle Betroffenen und Verletzten zu unterstützen. Davutoglu und Erdogan hätten ihr das tiefe Beileid des türkischen Volkes ausgesprochen. Türkische Behörden hatten zuvor von neun toten Deutschen gesprochen, wie es zu der Diskrepanz kam, war zunächst nicht klar. Die Explosion traf das Herz des Viertels Sultanahmet, das mit berühmten Sehenswürdigkeiten Touristen anlockt, darunter auch der Topkapi-Palast und das Museum Hagia Sophia.

Der Attentäter war nach türkischen Angaben ein 28-jähriger Syrer. Der Verdacht fiel rasch auf den IS, der Teile Syriens beherrscht und inzwischen auch von der Türkei bekämpft wird. Ministerpräsident Davutoglu kündigte an, so lange gegen die Extremisten vorzugehen, bis sie keine Gefahr mehr darstellten. (dpa)

Inhalt

Inland	2-7	Kultur	17
Ausland	8	Kino/Wetter	18
Wirtschaft	9+10	TV	19
Sport	11-16	Panorama	20

Fr. 2.50 [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Seiten, mehr Inhalt: Das «Volksblatt»

**Volksblatt**  
Im alten Riet 103  
FL-9494 Schaan  
+423 237 51 51  
[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

## Einsatz für Sternenkinder Verein wird nächste Woche gegründet

**VADUZ** Im Restaurant Adler in Vaduz wird am kommenden Dienstag die Gründungsversammlung des Vereins Sternenkinder Liechtenstein durchgeführt. Sie beginnt um 19 Uhr. Der Zweck des Vereins besteht insbesondere in der Organisation der Bestattungen und Gedenkfeiern für alle in der Schwangerschaft verstorbenen Kinder (Fehlgeburten, Totgeburten), beim neuen Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof Vaduz (das «Volksblatt» berichtete). Anmeldungen sind laut der Einladung erwünscht (aber keine Pflicht): igssternenkinder@dsl.li. (red/pd)

## Aus der Region Kirchenaustritte sinken weiter

**FELDKIRCH** Die Katholische Kirche Vorarlberg hat im vergangenen Jahr 2513 Austritte verzeichnet. Insgesamt ist die Zahl der Katholiken in Vorarlberg um 0,8 Prozent zurückgegangen, wie die Katholische Kirche Vorarlberg am Dienstag mitteilte. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Vorarlberg 2389 Personen getauft. Dies bedeutet einen Anstieg um 10 Personen im Vergleich zu 2014. Leicht gesunken sind hingegen die Zahlen der Wiedereintritte und Eintritte (2015: 212 und 2014: 243) sowie der Widerrufe (2015: 25 und 2014: 35). Stabil blieben die Zahlen der Firmungen und der Trauungen: 2015 wurden 2246 Jugendliche gefirmt (2014 waren es 2567) während sich 484 Paare das Jawort gaben (2014 waren es 489 Paare). (red/pd)

## Milchhof AG

### Josef Schuler neuer Geschäftsführer

**SCHAAN** Josef Schuler ist der neue Geschäftsführer der Milchhof AG. Der 45-jährige Balzner ist gelernter Käsemeister sowie Lebensmittel- und Wirtschaftsingenieur. Er hat das Amt des Geschäftsführers per 1. Januar angetreten. Der Rekrutierungsprozess für einen neuen Verkaufsleiter der Milchhof AG ist noch im Gange. (sb)

# Liechtenstein schnupft und fiebert

**Krank** Noch zeigt sich der Winter von seiner milden Seite - trotzdem strömen seit Neujahr immer mehr Menschen mit grippeartigen Symptomen in die hiesigen Arztpraxen.

VON SILVIA BÖHLER

**T**rotz des milden Wetters füllen sich die Wartezimmer der Ärzte mit erkälteten und fiebernden Personen. Der Triesner Allgemeinmediziner Andreas Walch betont allerdings: «Man muss unterscheiden zwischen grippeartigen Infekten - im Volksmund Erkältungen genannt - die mit Halsweh, Schnupfen und Husten einhergehen und der sogenannten «richtigen» Grippe, der Influenza.» Die grippeartigen Infekte seien voll im Gange, die richtige Influenza trete derzeit nur in einzelnen Fällen auf. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Eschen bei Mediziner Hannes Meier: «Wir werden gehäuft von Patienten mit grippeartigen Symptomen aufgesucht, die Anzahl der Patienten ist aber vergleichbar mit den Vorjahren um die gleiche Zeit.» Andreas Walch will dennoch nicht ausschliessen, dass die Situation sich in einer Woche gänzlich ändern kann, denn im Januar und Februar sei die Hochzeit der Influenza.

### Kampf gegen die Viren

Viren haben in den ersten Monaten des Jahres leichteres Spiel, denn zu dieser Zeit ist die Leistung des menschlichen Immunsystems am schwächsten. «Wissenschaftlich begründet ist dies nicht, aber man geht davon aus, dass die Immunschwäche auf die geringere Sonneneinstrahlung sowie die Kälte zurückzuführen ist», sagt Andreas Walch. Um das Immunsystem zu stärken rät er deshalb täglich zu einer halben Stunde Bewegung an der frischen Luft - insbesondere bei Tageslicht. Mit der jährlichen Grippesaison wird jedes Jahr auch das Thema «Impfen ja oder nein?» diskutiert. In Liechtenstein scheint, die Bereit-



Die Wartezimmer der heimischen Arztpraxen sind gut gefüllt, echte Grippeerkrankungen sind aber noch selten. (Foto: SSI)

schaft zur Grippeimpfung jedoch wenig verbreitet zu sein. Hannes Meier: «Es lassen sich insgesamt wenige Menschen gegen Grippe impfen, vor allem sind es chronisch Kranke wie Lungen- und Herzkrankte, Nierenkranke oder auch jüngere Personen, die möglichst nicht krank werden wollen. Arzt Andreas Walch empfiehlt eine Grippeimpfung vor allem für Risikogruppen, etwa ältere Menschen oder Menschen mit schweren Grunderkrankungen. «Menschen, die körperlich gesund sind, müssen sich nicht unbedingt impfen lassen. Erkranken sie an einer Grippe, sind sie allerdings eine Woche ausser Gefecht», so der Mediziner. Eine Influenza werde begleitet mit hohem Fieber und starken Gliederschmerzen, sei gleichzusetzen mit einer schweren Erkrankung und habe nichts mit einer Erkältung

zu tun. Einen Trend zur vermehrten Impfung kann aber auch Walch nicht feststellen, ausser wenn das Thema in den Medien präsenter wird. Kurzentschlossene könnten sich immer noch gegen Grippe impfen lassen. «Der Impfschutz baut sich relativ schnell, innerhalb von ein paar Tagen auf», so Andreas Walch.

### Grippe in Graubünden

In einigen Regionen der Schweiz breitet sich derzeit die Grippe aus. Der Epidemie-Schwellenwert wurde etwa in Graubünden und im Tessin überschritten. Wie vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) veröffentlichten Zahlen zu entnehmen ist, suchten in den beiden Kantonen Anfang Januar auf 100 000 Einwohner 122 Personen wegen Grippeverdachts den Arzt auf. Das entspricht der Klassierung «Grippeaktivität verbreitet».

## SO SCHÜTZEN SIE SICH

Durch diese Massnahmen können Sie dazu beitragen, sich selbst und andere zu schützen:

- **Bewegung an der frischen Luft:** Durch Bewegung an der frischen Luft, insbesondere bei Tageslicht, wird das Immunsystem gestärkt.
- **Hände waschen:** Waschen Sie sich mehrmals täglich gründlich die Hände mit Wasser und Seife.
- **Papiertaschentücher verwenden:** Halten Sie sich beim Husten oder Niesen ein Papiertaschentuch vor Mund und Nase. Entsorgen Sie dies nach Gebrauch im Abfalleimer.
- **Bleiben Sie zu Hause:** Wenn Sie Grippe Symptome verspüren, bleiben Sie zu Hause. So verhindern Sie die Ausbreitung der Krankheit.

# An verschiedenen Fronten gegen Feldkircher Tunnelspinne

**Verfahren** Auch wenn sich die Planer des Stadttunnels Feldkirch zuversichtlich geben, mit dem Bau 2016 beginnen zu können: Ebenso zuversichtlich sind die Gegner darin, das Verkehrsprojekt noch zu Fall zu bringen. Eines ist sicher: Die vielen offenen Verfahren könnten den Baubeginn zumindest verzögern.

VON DANIELA FRITZ

«Wir haben immer noch die Chance, dass der Tunnel nie gebaut wird», zeigt sich Andrea Matt von der Bürgerinitiative «mobil ohne Stadttunnel» auf «Volksblatt»-Anfrage zuversichtlich. Es ist ein Geflecht aus verschiedenen, miteinander verzahnten Verfahren und richtungsweisen Urteilen, die sie so optimistisch stimmen (siehe rechts). «Es ist wie ein Puzzle: Stück für Stück kommen wir dem Ganzen etwas näher», zieht Matt den Vergleich.

### Einzelne Puzzleteile

Das wohl grösste Teilstück in diesem Puzzle ist das Verfahren rund um die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), wonach im Juli dem Stadttunnel grünes Licht gegeben wurde. Allerdings legten insgesamt 16 Projektgegner dagegen Beschwerde ein - nun beschäftigt sich das Bundesverwaltungsgericht in Wien damit. Gleichzeitig kämpft Matt dafür, als ausländische Initiative Parteistellung im UVP-Verfahren zu erhalten. Denn ein Gericht muss bei der UVP-Genehmigung nur die Beschwerden von Parteien prüfen.

Ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Stadttunnel könnten auch die Verkehrsdaten liefern, die bei der UVP herangezogen wurden. Diese wollen die Tunnelplaner nicht herausgeben - auch hier läuft ein Verfahren. Ein Baubeginn in diesem Jahr scheint also unwahrscheinlich.

### Umweltverträglichkeit

#### 16 Beschwerden gegen UVP hängig

Am 18. August 2015 reichte Andrea Matt für die Bürgerinitiative «mobil ohne Stadttunnel» Beschwerde gegen den positiven Bescheid zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bezüglich des Stadttunnels Feldkirch ein. Sie war nicht die Einzige: Insgesamt gingen 16 Beschwerden fristgerecht beim Bundesverwaltungsgericht in Wien ein. Unter anderem beanstandet Matt den Prognosehorizont im Verkehrsmodell. Dieser reicht bis 2025 und sei damit zu kurz. Sowohl das Immissionsschutzgesetz Luft als auch das UVP-Gesetz würden einen längeren Prognosehorizont voraussetzen. Würde etwa der Horizont 2035 verwendet, könnten mit hoher Wahrscheinlichkeit die Genehmigungsvoraussetzungen nicht eingehalten werden, meint Matt. Ausserdem kritisiert Matt die verkehrsmindernden Begleitmassnahmen. Diese würden im Bericht zwar beispielhaft aufgelistet, aber keine Massnahme sei konkretisiert oder beschlossen worden. «Es besteht lediglich eine Absichtserklärung», erklärt Matt. Die Instanzen reichen in diesem Verfahren über den Verwaltungsgerichtshof bis zum Europäischen Gerichtshof - was mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte. Sollten die Beschwerdeführer schliesslich recht bekommen, müsste die UVP neu beurteilt werden.

### Beschwerde beim LVG

#### Herausgabe der Verkehrsdaten

Da die Projektgegner davon ausgehen, dass die Daten zu Verkehrsmengen und deren Umweltauswirkungen im UVP-Verfahren schöngerechnet wurden, möchten sie das Verkehrsmodell von einem unabhängigen Experten überprüfen lassen. Dazu benötigen sie die Ausgangsdaten des Modells. Der Antrag der Bürgerinitiativen vom Herbst 2014 auf Herausgabe der Verkehrsdaten wurde von der Vorarlberger Landesregierung im April 2015 abgelehnt. Gegen diesen Bescheid haben die Vertreterinnen der beiden Initiativen, Andrea Matt und Friederike Egle, Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht (LVG) Vorarlberg eingereicht. Matt rechnet damit, dass es hierin in den nächsten Wochen zu einer Entscheidung kommen könnte. Jene Partei, die in diesem Verfahren unterliegt, kann Revision beim österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) einreichen. Dessen Entscheidung könnte laut Matt dann im Herbst 2016 oder - bei Vorlage an den Europäischen Gerichtshof - gar erst Anfang 2018 vorliegen. Damit das Ergebnis bei der Entscheidung über die UVP-Beschwerde überhaupt berücksichtigt werden kann, haben die beiden Vertreterinnen in der UVP-Beschwerde beantragt, dass das Ergebnis dieses Verfahrens abgewartet wird.

### Rechte im UVP-Verfahren

#### Parteistellung auch für Ausländer

Mit der Beschwerde gegen den positiven UVP-Bescheid sowie der Herausgabe der Verkehrsdaten ebenfalls verhandelt ist die Frage, ob Personen, für die sich die Situation verschlechtert und die sich in einer ausländischen Bürgerinitiative wie «mobil ohne Stadttunnel» zusammenschliessen, in einem UVP-Verfahren Parteistellung zukommt. Seit Oktober 2014 läuft hierzu das erste Gerichtsverfahren, im Juli 2015 hat die Bürgerinitiative Revision beim österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) eingereicht. Im Frühjahr wird der VwGH vermutlich entscheiden, ob diese Frage dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt werden soll. In diesem Fall würde sich die Entscheidung laut Matt um mindestens ein Jahr verzögern - andernfalls würde dieses Verfahren mit dem Entscheid des VwGH im Frühjahr enden. Das Gericht, das die UVP-Genehmigung prüft, muss nur dann die Beschwerde einer Bürgerinitiative prüfen, wenn diese Parteistellung hat. Aus diesem Grund müsste das zuständige Gericht den Entscheid über die Parteistellung von Bürgerinitiativen abwarten, ist Matt überzeugt. Da es sich um das erste Verfahren dieser Art handelt, könnte dies unter Umständen zu einer Stärkung von Bürgerinitiativen in ganz Europa führen.

### Präzedenzfall «Im Rain»

#### Keine Auslagerung wichtiger Punkte

Ein aktueller Fall aus Liechtenstein könnte den Tunnelgegnern als Präzedenzfall dienen: Der Efta-Gerichtshof hat einer Beschwerde der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umwelt (LGSU) beim Staatsgerichtshof (StGH) bezüglich Mängeln im UVP-Verfahren zur Erweiterung der Deponie «Im Rain» recht gegeben. Es sei nicht zulässig, entscheidungswesentliche Fragen mittels Auflagen aus einem UVP-Verfahren in ein nachgelagertes Verfahren zu verlagern, in dem der betroffenen Öffentlichkeit kein Beschwerderecht zukommt. Der StGH hat mit seinem Urteil vom Dezember den Verwaltungsgerichtshof angewiesen, über die LGU-Beschwerde unter Bindung an die Rechtsansicht des StGH neu zu entscheiden. Da dieser Grundsatz von einem europäischen Gericht stammt, sei dieser auch beim Stadttunnel zu berücksichtigen, meint Andrea Matt. Denn ähnliche Argumente wie bei der Deponie «Im Rain» führte Matt auch in ihrer Beschwerde gegen den UVP-Entscheid zum Stadttunnel aus. Hier seien ebenfalls wesentliche Details aus dem UVP-Verfahren ausgeschieden, um diese in einem nachträglichen internen Bewilligungsverfahren zu klären. Sollte sich dies bestätigen, müsste das UVP-Verfahren «Stadttunnel Feldkirch» wohl zurück an den Start.